



HESSISCHER LANDTAG

16. 12. 2009

Große Anfrage

**der Abg. Franz, Dr. Pauly-Bender, Quanz,
Dr. Reuter (SPD) und Fraktion**

betreffend soziales Europa in Hessen

Wir fragen die Landesregierung:

I. Soziales

1. Welche Initiativen und Vorschläge beinhaltet die erneuerte Sozialagenda der EU und wie beurteilt die Landesregierung diese?
2. Welche europäischen Konzepte zum Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Europa greift die Landesregierung auf und wie werden diese in Hessen umgesetzt?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Antidiskriminierungsrichtlinie? In welchen Bereichen bieten diese über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz hinausgehende Handlungsmöglichkeiten zur Gleichbehandlung?
4. Wie wird der EU-Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen in Hessen umgesetzt?
5. Wie bewertet die Landesregierung die europäischen Regelungen zum Verbraucherschutz und welche werden in Hessen umgesetzt?
6. Welche Schwerpunkte wird die Landesregierung in der künftigen Verbraucherpolitik setzen?
7. Welche EU-Programme zur Förderung der Fremdsprachenkompetenz für Arbeitnehmer/innen finden in Hessen Anwendung?
8. Welche Möglichkeiten zur Unterstützung bei der Etablierung von Betriebsräten auf europäischer Ebene sieht und nutzt die Landesregierung?

II. Gesundheit

9. Inwiefern wird die Mobilität von Patienten in der grenzüberschreitenden Gesundheitsvorsorge durch den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission im Rahmen der erneuerten Sozialagenda verbessert?
10. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die grenzüberschreitende Anerkennung von Berufen im Gesundheitssektor?
11. Welche Initiativen sind beim Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu erwarten?
12. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über den Einsatz von Pflegekräften aus anderen EU-Staaten und aus Nicht-EU-Staaten in Hessen?
Wir bitten um Darstellung der legalen Beschäftigung ebenso wie über Vermutungen über den Bereich der Schattenwirtschaft.

13. Über welche Daten verfügt die Landesregierung hinsichtlich der Nutzung der Europäischen Krankenversicherungskarte?
14. Welche Initiativen hat die Landesregierung ergriffen, um eHealth-Lösungen im Gesundheitsbereich zu fördern?
15. Welche Projekte im Bereich Gesundheitspolitik wurden in den letzten zehn Jahren über welche Programme in Hessen über EU-Fördermittel finanziert und in welcher Höhe?
Wie werden die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern in die Projektgestaltung einbezogen?
16. Welche Projekte im Bereich Gesundheitspolitik sind für eine Förderung in Planung?

III Demografischer Wandel

17. Welche Konzepte zum Umgang mit dem demografischen Wandel in Europa greift die Landesregierung auf, wie werden diese in Hessen umgesetzt und wie werden die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern in die konzeptionelle Umsetzung einbezogen?
18. Welche Staaten der Europäischen Union trifft der demografische Wandel besonders?
19. Welche Regionen in den einzelnen Staaten sind von welchen demografischen Veränderungen welcher Art besonders betroffen (bitte max. 20 Regionen angeben)?
20. Welche Prognosen zur Entwicklung von Bevölkerungszahl, Lebenserwartung, Geburtenrate, Altersstruktur, Arbeitskräftepotenzial (Erwerbstätige und Erwerbsfähige) und wirtschaftlicher Entwicklung bis zum Jahr 2050 liegen für die Staaten der Europäischen Union jeweils vor und welche Erkenntnisse ergeben sich daraus für die hessischen Regionen?
21. Nach welchen methodischen Verfahren sind diese Prognosen jeweils erstellt worden und wie unterscheiden sich diese von den Methoden, nach denen die Vorausberechnungen der statistischen Landesämter in Deutschland erstellt werden?
22. Welche Steuerungsmöglichkeiten besitzen die Europäische Union, die Bundesrepublik Deutschland und das Land Hessen in diesem Prozess jeweils und welche politischen Konzepte verfolgen sie jeweils dabei?
23. In welchen EU-Regionen lassen sich Beispiele für sog. "best practice" entdecken?
24. Wie schlagen sich die europäischen Zielvorgaben in den nationalstaatlichen Konzepten zur Gestaltung eines demografischen Wandels nieder?
25. Welche besonderen Förderinstrumente und damit verbunden welche besonderen finanziellen Zuwendungen werden seitens der EU zur Gestaltung des demografischen Wandels und einer ausgleichenden Entwicklung in den europäischen Regionen eingesetzt?
26. Welche Förderinstrumente mit welchen Fördervolumina kommen in Hessen zum Einsatz?
27. Welche Ministerien und Institutionen sind in Hessen mit dem Einsatz und der Abwicklung der Förderinstrumente und der finanziellen Programme befasst und wie sehen die entsprechenden Antragsverfahren aus?

IV. Arbeit

28. Welche Schwerpunkte aus den überarbeiteten beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Kommission haben im Zukunftsprogramm Arbeit Priorität?
29. Inwieweit werden die Ziele der neuen beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Kommission mit dem Arbeitsmarktprogramm Hessen erreicht werden können?
30. Wie viele Arbeitskräfte aus Hessen sind in den letzten zehn Jahren über das europäische Job-Netzwerk EURES erfolgreich in das europäische Ausland vermittelt worden und in welche Mitgliedstaaten?
31. Gibt es Erkenntnisse darüber, wie viele Beschäftigte auf andere Weise, beispielsweise selbst organisiert, im Nachbarland Arbeit gefunden haben?
32. Wie viele Zulassungen für Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft wurden in Hessen zwischen 2004 und 2008 bewilligt?
33. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die gegenwärtige Anerkennung von beruflichen Abschlüssen und Qualifikationen in Europa und beabsichtigt sie, konkrete Initiativen zur besseren Anerkennung von Abschlüssen zu unterstützen?
34. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die Portabilität von Sozialversicherungsansprüchen auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt?
35. Wie beurteilt die Landesregierung europäische Initiativen zum Schutz der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Bezug auf ihre Umsetzbarkeit in Hessen?
36. Welche Konsequenzen hat die Novellierung der Richtlinien zu Arbeitszeit und Leiharbeit für Hessen?
37. Wie bewertet die Landesregierung die Umsetzung der geplanten Reform der Richtlinie über Europäische Betriebsräte in Hessen?

V. Förderpolitik

38. Welche europäischen Förderprogramme nutzt die Landesregierung für den Bereich Arbeit und Beschäftigung in Hessen und für welche Projekte (bitte detaillierte Liste) werden sie in welcher Höhe in Anspruch genommen?
39. In welchem Umfang konnten die Regierungsbezirke (Nord-, Mittel- und Südhessen) von europäischen Fördermitteln partizipieren?
40. In welchem Umfang flossen insgesamt Mittel des EFRE, des ESF und des EAGFL-A und -G in die in die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte (jährliche Auflistung nach Landkreisen und kreisfreien Städten für den Zeitraum 2000 bis 2008)?
41. Welche einzelnen Projekte wurden insgesamt in der Mainstream-Förderung in in den einzelnen Regierungsbezirken gefördert (Projekt-titel, Projektbeschreibung, europäische Fördermittel, eingesetzte öffentliche Mittel, insgesamt ausgelöste Investitionen)?
42. In welchem Umfang profitierten die Hessischen Regierungsbezirke im Zeitraum 2000 bis 2008 von europäischen Gemeinschaftsinitiativen?
43. In welchem Umfang standen Mittel der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ zur Verfügung?
44. Welche einzelnen Projekte wurden in LEADER+ in den hessischen Regierungsbezirken gefördert (Projekt-titel, Projektbeschreibung, europäische Fördermittel, eingesetzte öffentliche Mittel, insgesamt ausgelöste Investitionen)?

45. Wie beurteilt die Landesregierung die Verteilung der europäischen Fördermittel der Mainstream-Förderung zwischen den einzelnen Regierungsbezirken (Nord-, Mittel- und Südhessen)?
46. Wie beurteilt die Landesregierung die Umsetzung von LEADER+ in der Förderperiode 2000 bis 2006?
47. Welche Erkenntnisse wurden aus der vergangenen Förderperiode gewonnen und wie wurden diese in die neue Förderperiode eingearbeitet?
48. Welche Projekte sind für die hessischen Regionen (Nord-, Süd- und Mittelhessen) sowie aufgeschlüsselt für die Landkreise und kreisfreien Städte in den nächsten fünf Jahren geplant bzw. bereits bewilligt?
49. Welche Maßnahmen auf europäischer Ebene ergreift die Landesregierung, um die Ziele des Klimaschutzes zu erreichen?

VI. Bildung und Wissenschaft

50. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die grenzüberschreitende Anerkennung von Hochschulabschlüssen?
51. Welche Initiativen hat die Landesregierung ergriffen, um die Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie die Portabilität von Sozialversicherungsansprüchen für Wissenschaftler zu verbessern?
52. Welche grenzübergreifenden Studienangebote gibt es derzeit unter Beteiligung hessischer Hochschulen?
Wie sind ihre Perspektiven?
53. Mit welchen Maßnahmen setzt die Landesregierung europäische Initiativen zum Lebenslangen Lernen um?
Wie wird sichergestellt, dass das Prinzip des Gender Mainstreamings umgesetzt wird?
54. Welchen Beitrag leistet die Landesregierung zur Erarbeitung eines deutschen Qualifizierungsrahmens und dessen Anpassung an den europäischen Qualifikationsrahmen?
55. Welche grenzübergreifende Programme gibt es derzeit im Schulbereich unter Beteiligung hessischer Schulen bzw. Schülerinnen und Schüler?
56. Welche europäischen Förderprogramme nutzt die Landesregierung für den Bereich Bildung und Forschung in Hessen?

VII. Wirtschaft

57. Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit werden sich langfristig regional sehr unterschiedlich auswirken. Mit welchen Auswirkungen auf Hessen rechnet die Landesregierung in den jeweiligen Bereichen?
Inwieweit lassen sich Erfahrungen, beispielsweise aus skandinavischen Ländern und aus England, übertragen?
58. Gibt es nach Auffassung der Landesregierung nach einem möglichen Wegfall des Tarifreuegesetzes Möglichkeiten, Firmen sowie Arbeitnehmer in Hessen vor Dumping-Konkurrenz zu schützen?
59. Welche europaweiten Initiativen, Programme und Richtlinien tragen in welcher Weise dazu bei, kleine und mittlere Unternehmen in Hessen zu unterstützen und zu fördern?
60. Wie beurteilt die Landesregierung das Zusammenspiel der bisher etablierten europäischen Programme mit dem Schutzschirm für Arbeitsplätze der Bundesregierung?

61. Welche Initiativen hat die Landesregierung ergriffen, um die soziale Verantwortung der Unternehmen wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen zu fördern?
62. Wie haben sich die mit EU-Mitteln geförderten wirtschaftspolitischen Schwerpunkte im Vergleich zur vorangegangenen Förderperiode geändert?
63. Welche Projekte im Bereich Wirtschaft sind für eine Förderung in Planung?
64. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Ausbildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen bei Unternehmen in Hessen zu fördern?
65. Welche Kooperationen zwischen hessischen Universitäten, Fachhochschulen und Firmen mit den gleichen Institutionen in anderen EU-Staaten bei "Forschung und Entwicklung" sind der Regierung bekannt?
66. Welche Kooperationen zwischen hessischen Universitäten, Fachhochschulen und Firmen mit den gleichen Institutionen in anderen EU-Staaten bei "Patententwicklung und Patentverwertung" sind der Regierung bekannt?

VIII. Frauen

67. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die in der Lissabon-Strategie verankerte Beschäftigungsquote von Frauen bis 2010 auf über 60 v.H. (in Bezug auf das Arbeitsvolumen) anzuheben?
68. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um den in verschiedenen EU-Richtlinien fixierten Grundsatz der gleichen Entlohnung von Männern und Frauen durchzusetzen?
69. Plant die Landesregierung eine Novelle des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes, um den europäischen Vorgaben gerecht zu werden? Wenn ja, wann, wenn nein, warum nicht?

IX. Integration

70. Welche EU-Programme existieren zur Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund?
71. Welche Programme werden in Hessen umgesetzt?
72. In welcher Weise unterstützt die Landesregierung die Umsetzung der zu Frage 71 genannten Programme?

Wiesbaden, 16. Dezember 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Franz
Dr. Pauly-Bender
Quanz
Dr. Reuter